



Ausgabe IV / 2020

Back to business as usual als gefährliche Drohung

Die gegenwärtigen außenpolitischen und internationalen Ereignisse machen es für eine Zweimonatszeitschrift äußerst schwierig, nur die wichtigsten Themen in gebührender Weise zu behandeln. Im vorliegenden Heft haben wir uns auf einige Themen konzentriert, die entweder von aktuell brennender Aktualität sind (US-Wahlen, Hongkong, EU-Budgetverhandlungen) oder latente Krisenherde (N-Afrika, Polen) darstellen. Regelmäßige LeserInnen wissen, dass es zu unserem Redaktionskonzept gehört, auch weniger spektakulär erscheinende Themen zu behandeln, dies wird im vorliegenden Heft durch den Beitrag unseres regelmäßigen Autors Günter Spreitzhofer über Sylt sowie einen ausführlichen Artikel unseres neuesten Redaktionsmitgliedes Anneliese Rieder über grundsätzliche Fragen der zeitgenössischen Kunst realisiert. Unser seit dem ersten Heft des heurigen Jahrganges übliche Kommentar eines führenden heimischen Politikwissenschaftlers wurde diesmal von Otmar Höll verfasst, der sich mit existenziellen Fragen befasst, die im Zuge der aktuellen gesellschaftlichen Krise virulent und Gegenstand heftiger Diskussionen auf den unterschiedlichsten Ebenen und Niveaus geworden sind. Es geht schlicht und einfach darum, ob man nach Überwindung der Krise zum business as usual zurückkehren soll, wie es einflussreiche Teile des politischen und wirtschaftlichen Establishments bevorzugen, oder doch gravierende Reformen in Angriff nimmt. Eine spannende Analyse, die man unbedingt lesen sollte.

Europa gespalten und blockiert

Der Kommentar des sozialdemokratischen Europapolitikers Stefan Schennach hat durch die jüngsten Ereignisse im Flüchtlingslager Moria auf der griechischen Insel Lesbos noch an zusätzlicher Aktualität gewonnen. Er führt einen massiven Angriff auf die türkis-grüne Bundesregierung, welche wesentlich dafür mitverantwortlich ist, dass wichtige, teilweise seit Jahren anstehende Entscheidungen in der EU blockiert sind. Er bezieht sich vor allem

auch auf die Manöver der „Geizigen Vier“, welche die Erstellung des EU-Budgets für die kommenden sieben Jahre sowie auch die Einigung über jene Mittel, welche für den Wiederaufbau in Europa nach der Coronakrise aufgebracht werden sollen, verzögert und kompliziert haben. Er kritisiert darüber hinaus die Tatsache, dass die Bundesregierung unter der dominanten Führung von Bundeskanzler Sebastian Kurz auch in vielen anderen Bereichen zu jenen gehört, welche dringend benötigte Reformen blockieren. Sein Resümee ist daher recht drastisch: **Türkis-grüne Europapolitik: ein gewaltiger Scherbenhaufen.**

Österreich gehört auch in der Asyl- und Menschenrechtspolitik zu den Verhinderern. Man brüstet sich damit, gemeinsam mit demokratiepolitisch höchst umstrittenen Staaten wie Ungarn oder Polen den Ansturm von Flüchtlingen aus Kriegsgebieten gestoppt und eine faire und menschenrechtskonforme europäische Asylpolitik verhindert zu haben. Dass man sich dadurch wesentlich mitverantwortlich für die skandalösen Zustände in den griechischen und italienischen Flüchtlingslagern gemacht hat, wird geflissentlich verschwiegen. Auch die Tatsache, dass man bei der Mittelzuteilung für das Programm der Sicherung der Außengrenzen – im Gegensatz zu den eigenen Forderungen – ebenfalls immer bei den Bremsern war, wird unter den Teppich gekehrt. Unerträglich wurde es dann, wenn der Bundeskanzler über „flexible Solidarität“ phantasiert oder der Außenminister im TV-Interview die österreichische Politik als „realistischen Pragmatismus“ bezeichnet. Das ist angesichts der Situation in Moria Zynismus pur.

Österreich auf dem Weg ins internationale out

Wenn man sich weitere außenpolitische Aktionen der Bundesregierung und auch ihre besonderen internationalen Freunde genauer ansieht, so gerät man in Panik. Es beginnt mit dem besonderen Lob eines mit allen Mitteln (wozu sogar der Einsatz der eigenen Armee gegen Menschenrechtsaktivisten gehört!) um seine Wieder-

wahl kämpfenden Präsidenten, setzt sich fort mit dem europäischen Propagandisten einer „illiberalen Demokratie“ (copyright Viktor Orban) und endet beim besonderen Freund Bibi Netanjahu, von dem man vor den Gefahren des Covid-19-Virus gewarnt und über die besten Bekämpfungsmethoden belehrt worden ist, der jetzt allerdings sich mit Ländern wie USA und Brasilien um die Poleposition bei den höchsten Infektionszahlen duelliert.

Österreich befindet sich also am besten Weg ins internationale Out. Dass dies für ein kleines neutrales Land, das zusätzlich noch vierter Amtssitz der Vereinten Nationen sowie Sitz zahlreicher anderer internationaler Organisationen ist, auf die Dauer höchst rufschädigend und kontraproduktiv ist, scheint die Verantwortlichen in der Bundesregierung nicht zu stören. Zumindest nicht die türkisen, von den grünen hat man bis Moria so gut wie nichts gehört, jetzt wird man sehen...

Ein paar Worte zu Trumpistan

Zu den USA doch noch einige zusätzliche Feststellungen. Sosehr die besondere persönliche Wertschätzung des Weißen-Haus-Twitterers auch schmeichelhaft sein mag, so sollten zumindest jene in Österreich, welche professionell und längerfristig denkend an die Dinge herangehen, sich doch überlegen, wohin diese jugendliche Begeisterung für starke Männer führen könnte. Zum einen ist es einmal durchaus vorstellbar, dass Trump schon sehr bald seinen ständigen Wohnsitz wieder ändern wird müssen, auch bei Bibi Netanjahu ist das nicht ausgeschlossen (dieser könnte sogar gezwungen sein, für einige Zeit Quartier in einem israelischen Gefängnis zu nehmen). Ob mögliche Nachfolger dann diese Freundschaften weiterführen werden, wait and see. Zum anderen gibt es aber bereits jetzt Themen, bei denen man sich nicht einfach über klare Stellungnahmen und Entscheidungen herumdrücken kann. Ein ganz konkretes Beispiel, welches Österreich ziemlich stark betrifft: Nord-Stream-2. Hier ist die US-amerikanische Politik klar und brutal. Man bekämpft dieses Projekt mit allen Mitteln und schreckt auch vor den übelsten Erpressungen und Sanktionsdrohungen nicht zurück. Mit dem Argument, Europa von der drohenden energiepolitischen Abhängigkeit von Russland bewahren zu wollen, will man sein eigenes – weitaus teureres und zudem höchst umweltbelastend produziertes – Gas verkaufen. Inzwischen sind diese Sanktionsdrohungen bei europäischen Firmen bereits in Kraft! Dass die USA selbst Erdöl aus Russland importiert, wird geflissentlich übergangen. Hier, wie auch bei anderen Beispielen, erwarte ich mir, dass der Chef der Österreichischen Bundesregierung seine Politik nicht nach persönlichen Emotionen sondern nach rationalen und den Interessen Österreichs und Europas verpflichteten Kriterien definiert und diese dann auch in entsprechender Weise öffentlich vertritt und umsetzt.

Zur Klarstellung: Ich persönlich möchte als europäischer Bürger weder von einer Schutzmacht USA noch Russland abhängig sein. Russland entspricht absolut nicht meinen Vorstellungen einer Demokratie, aber die USA – schon gar nicht unter der Herrschaft eines egomanischen Dealmakers – ebenfalls nicht. Will Europa sich einen seiner Geschichte, Kultur und Zivilisation gemäßen Platz in der Welt sichern (obwohl auch diesbezüglich genügend Reformbedarf bestünde!), muss es dies zunächst unabhängig von USA und Russland (und auch China) tun.

Wie ist das mit Covid-19?

Es mag von manchen LeserInnen als Mangel betrachtet werden, dass wir in dieser Ausgabe das weltweite Thema Nummer 1 ignorieren. Wir haben uns in den letzten Ausgaben sehr ausführlich damit befasst, Otmar Höll behandelt es in seinem Kommentar

durchaus, und werden in den nächsten Heften in der einen oder anderen Weise sicherlich wieder darauf eingehen.

Abgesehen davon, dass es in einer zwanzigköpfigen Redaktion zu diesem Thema auch recht unterschiedliche Auffassungen gibt, haben uns vor allem zwei Aspekte interessiert: Die aktuellen politischen, sozialen, ökonomischen Entwicklungen in den von der Pandemie betroffenen Staaten sowie die Konsequenzen, die sich aus dieser Katastrophe langfristig für die einzelnen Staaten ergeben.

Bleiben wir beim ersten Aspekt: Zweifellos hat es im Laufe der Geschichte weitaus gravierendere Krisen und Katastrophen gegeben. Was Covid-19 allerdings „auszeichnet“ ist die Tatsache, dass die durch die weltweite Globalisierung erreichte Vernetzung der Welt diese Pandemie tatsächlich zu der ersten globalen Krankheit geworden ist. Nicht einmal die „spanische Grippe“, welche letztendlich weitaus mehr Opfer gefordert haben wird, war ein derart globales Phänomen. Die sich weltweit explosiv ausweitende Pandemie ist natürlich durch die globalisierte Medien- und Informationssituation zusätzlich zu einem einzigartigen Ereignis geworden. Dieses hat de facto die ganze Welt betroffen, auch zu einem Zeitpunkt da das Virus selbst einzelne Regionen noch nicht einmal erreicht hat. Nicht zuletzt auch durch die höchst aktive Präsenz von Lobbygruppen kam die Politik sehr rasch unter großen Druck. Von wenigen aber gravierenden Ausnahmen abgesehen, hat die Politik rasch und entschlossen reagiert, aus der Sicht mancher Kritiker allerdings überreagiert. Es ist meiner Ansicht nicht ganz von der Hand zu weisen, dass es zu den radikalen shut-downs durchaus Alternativen gegeben hätte, welche auch manche soziale, ökonomische und psychische Probleme vermindern hätten können. Zusätzlich kann man sich des Eindruckes nicht erwehren, dass manche Politiker in der Art, wie Maßnahmen gesetzt und vor allem auch kommuniziert worden sind, deutlich übers Ziel geschossen haben. Es wird später sicherlich spannend sein, die dahinterliegenden Motive zu erforschen. Ein weiterer bedenklicher Aspekt war ohne Zweifel auch die Tatsache, dass die verantwortlichen Politiker in der Auswahl ihrer Berater und Experten vor allem VertreterInnen eines fachlichen Mainstreams bevorzugt und Minderheitenmeinungen nicht zugelassen haben. Dass die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit dann auch sehr einseitig ausgerichtet war, ist eine sich daraus ergebende Erfahrung. Dass alternative Meinungen lange Zeit auch in den Medien nicht bzw. kaum zu Wort gekommen sind, ist eine aus meiner Sicht bedauerliche aber unbestreitbare Tatsache. In diesem Zusammenhang möchte ich auf ein vorbildliches Interview im ORF hinweisen.¹

Abschließend noch eine aus meiner Sicht und vor allem auch dem Selbstverständnis von INTERNATIONAL entsprechende Feststellung: So gefährlich und bedrohend die Pandemie für die Menschen in den entwickelten Regionen des Nordens auch immer gewesen sein mag, so ist es eine der verstörenden Erfahrungen der letzten 6-8 Monate, dass es kaum kommuniziert worden ist, dass zur gleichen Zeit in den sogenannten Entwicklungsländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas zigfach mehr Menschen an so „banalen“ Dingen wie Hunger, tropischen Krankheiten und letztlich auch Krieg umgekommen sind. Dies sollte uns, die wir im reichen Norden leben, nachdenklich machen. 📍

Fritz Edlinger

E-Mail: f.edlinger@international.or.at

¹ <https://oe1.orf.at/player/20200904/611366>.